

# Sprit +

9.2024

Ihr Magazin für Tankstelle, Autowäsche und Shop

## Unternehmen

Mundorf Tank aus  
Siegburg im Porträt

Ab Seite 20

## EPI und Wero

Das alternative und  
europäische Zahlssystem

Ab Seite 32

## Stromeinkauf

Die Vor- und Nachteile  
des Sportmarkts

Ab Seite 38

Offizielles Organ der IG Esso  
ISSN 2367-2706  
B7543

Auto Business Media

[www.sprit-plus.de](http://www.sprit-plus.de)



Alternative Kraftstoffe

## Bio-Skandal hält an

Seite 6

# Wieder geht es um mutmaßlichen Betrug

Deutsche Unternehmer schlagen erneut Alarm. Biokraftstoffe aus China sind möglicherweise falsch deklariert. Das Umweltministerium verweist auf die EU-Kommission.



© Garry Killian/ Getty Images/Stockphoto

Es steht zwar „Bio“ drauf, aber ist auch Bio drin? Bei Kraftstoffen aus China ist man sich nicht so sicher. Kontrollen verweigert das Land strikt.

Es hört nicht auf: Bereits vor ziemlich genau einem Jahr meldete sich Verbio-Chef und Energieexperte Claus Sauter zu Wort. Er vermutete, dass chinesische Firmen klimaschädliches Palmöl als grünen Biodiesel nach Deutschland bringen. Dieser Klimakiller wird in China zu besonders nachhaltigem grünem Kraftstoff aus Reststoffen umetikettiert, so der Verdacht. „Das ist ein neuer Dieselskandal: diesmal wird nicht die Hardware manipuliert, sondern der Kraftstoff“, sagte Sauter im August 2023. Am Ende würden nicht nur die Biokraftstoffproduzenten, sondern die gesamte grüne Industrie in Deutsch-

land leiden, wenn dem kein Einhalt geboten werde.

Im Januar 2024 hatte die Staatsanwaltschaft Bonn dann die Ermittlungen

## Lassen sich Mineralölkonzerne vermeintliche Biokraftstoffe aus China mehrfach anrechnen?

eingestellt. Man habe keine tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer verfolgbaren Straftat, hieß es.

Doch die Branche kommt nicht zur Ruhe. Erneut klagen nun Verbände und Organisationen in Deutschland, dass der deutsche Markt durch Biodiesel aus China geflutet werde, ohne dass kontrolliert werden könne, dass es sich tatsächlich um eine erlaubte Kraftstoffmischung handele. Zu den Verbänden, die sich kritisch über die Vorgänge äußern, gehören der Deutsche Bauernverband und der Verein Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (Ufop).

Das Bundesumweltministerium betonte auf Anfrage der dpa (Deutsche Presseagentur), dass es keine Bestätigung entsprechender Verdachtsfälle gebe. Marktteilnehmer würden immer wieder den Verdacht ins Spiel bringen, „es werde bewusst falsch deklariertes Biodiesel aus chinesischer Produktion zu Dumpingpreisen auf den Markt gebracht“ und dadurch das Preisniveau gesenkt. Dazu läge aber weder der Bundesregierung noch der EU-Kommission eine Bestätigung vor, heißt es. Ein Sprecher des Bundesumweltministeriums stellte außerdem klar: „Den Vorwurf, die Bundesregierung sehe hier keinen dringenden Handlungsbedarf, weisen wir zurück.“ Das Haus von Steffi Lemke (Grüne) beobachte die mutmaßlichen Betrugsfälle auf dem Biokraftstoffmarkt „sehr genau“.

Der Generalsekretär des Bauernverbands, Bernhard Krüsken, sieht einen beträchtlichen Schaden für die heimische

Industrie. Mineralölkonzerne könnten die (kaum kontrollierten) Zertifikate der fragwürdigen Importkraftstoffe gleich mehrfach in ihrer CO<sub>2</sub>-Bilanz anrechnen, so Krüsken. Sie kauften entsprechend weniger heimisches Rapsöl oder Bioethanol zur vorgeschriebenen Beimischung in Diesel und Benzin.

Hintergrund ist der Verdacht, dass Mineralölkonzerne günstige Biokraftstoffe aus China beziehen und sich diese mehrfach auf ihre Klimaschutzbilanz anrechnen lassen – obwohl der Treibstoff eigentlich gar nicht die Voraussetzungen erfüllt, um in dieser Weise angerechnet werden zu dürfen. Damit die Mehrfachanrechnung auf die sogenannte Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) in diesem Fall möglich ist, muss es sich um fortschrittliche Biokraftstoffe handeln, die aus Abfällen, Reststoffen oder Waldholz bestehen. Die Anrechnung von reinem Raps, Getreide oder Palmöl ist nicht erlaubt.



Elmar Baumann, Geschäftsführer des VDB (siehe Kasten auf Seite 10).

© VDB

Anzeige



SUPER  
PREIS

12€

30 Stk.

NEU

ZUSAMMEN  
*weiter*  
HANDELN

mit  
**PHILIP  
MORRIS**



12€



12€

Rauchen ist tödlich

## Branche prangert Betrug seit über einem Jahr an

- + 10. August 2023: Verbio-Chef Claus Sauter sowie weitere Branchenexperten vermuten, dass chinesische Firmen klimaschädliches Palmöl als grünen Biodiesel nach Deutschland bringen. Das Palmöl werde in China zu besonders nachhaltigem grünem Kraftstoff aus Reststoffen umetikettiert, so der Verdacht. Mitte Januar 2023 seien mehrere tausend Tonnen des vermeintlich fortschrittlichen Biodiesels von China nach Europa gekommen. „Ich behaupte, es gibt weder die Anlagen noch die Mengen an Reststoffen für fortschrittliche Biokraftstoffe in China, und das ist das Problem, was wir aktuell haben: Ein großer Spieler spielt mit unfairen Mitteln“, so Sauter.
- + 5. Dezember 2023: „Es geht dabei wirklich um viel Geld. Das ist attraktiver als Drogenhandel“, betont Sauter in einem Beitrag von Panorama 3 (NDR). Profiteure seien unter anderem die Mineralölgesellschaften. Sie mischen laut Verbio fossilem Diesel bis zu sieben Prozent Biodiesel bei, um die gesetzlich vorgeschriebenen Umweltziele zu erreichen. Konsequenzen aus Betrugsfällen müssen sie bisher nicht fürchten: Ein einmal erteiltes Zertifikat für nachhaltigen Biodiesel genießt im Markt Vertrauensschutz.
- + 26. Mai 2024: Nachforschungen haben ergeben, dass zahlreiche UER-Projekte (Upstream Emission Reductions, Treibhausgasminderungen bei der Förderung von fossilem Öl) in China überhaupt nicht existieren. Gleichwohl erreichen Deutschland Zertifikate, mit denen die angeblichen Treibhausgasminderungen nachgewiesen werden. Der Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB) fordert, dass Zertifizierung und Kontrollen bei fortschrittlichen Biokraftstoffen und Projekten zur Minderung des Treibhausgasausstoßes bei der Erdölförderung deutlich verschärft werden. Dies sei unabdingbare Voraussetzung für die Anrechnung auf die deutsche Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote).
- + 23. Juli 2024: Die Europäische Kommission erhebt Antidumping-Zölle in Höhe von 13 bis 36 Prozent auf Importe von so genanntem fortschrittlichen Biodiesel aus China. Die Zölle gelten seit dem 16. August und so lange, bis die Kommission ihre endgültige Höhe festsetzt. Der Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB) begrüßt dies. „Die deutsche und europäische Industrie leidet seit Anfang 2023 unter den unlauteren Praktiken der chinesischen Produzenten“, sagt Elmar Baumann, Geschäftsführer beim VDB. Aus seiner Sicht hätte die untere Grenze aber höher liegen müssen. „Der unfaire Wettbewerbsvorteil wird so nicht ausgeglichen.“

bg

## Indizien für Betrug, aber zur Strafanzeige kam es nicht

Der Deutsche Bauernverband und die deutschen Anbieter von fortschrittlichem Biokraftstoff sehen in der großen Menge von Importen dieser Art aus China und in mangelnden Kontrollmechanismen vor Ort Anhaltspunkte für Betrug. Ufop geht unter Berufung auf Statistik-Daten der EU von mehreren 100.000 Tonnen im Jahr 2023 aus.

Zu einem Ermittlungsverfahren kam es jedoch – trotz einer Strafanzeige durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) – bislang nicht. Die Staatsanwaltschaft Bonn habe angeführt, dass der Sachverhalt keinen Straftatbestand erfülle, und deshalb ein Verfahren abgelehnt (siehe Online-Ar-

tikel auf [www.sprit-plus.de](http://www.sprit-plus.de) vom 30. Januar: „Möglicher Bio-Diesel-Betrug: Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen ein“), erklärte der Sprecher des Umweltministeriums weiter. Sobald es neue Erkenntnisse gebe, würden diese nach Bonn übermittelt, hieß es weiter. Den größten juristischen Hebel habe aber die EU-Kommission – die Stelle, die auch für die Anerkennung der Unternehmen verantwortlich ist, welche die Zertifikate für die nachhaltige Produktion der Kraftstoffe ausstellen.

## Nicht nur für Deutschland ein Problem

Das Problem möglicher falsch deklarierter Biokraftstoffe bestehe im gesamten EU-Binnenmarkt und nicht allein in

Deutschland, betont das Ministerium. Zu begrüßen sei, dass die Kommission, ungeachtet der Verdachtsfälle, die Einleitung eines Antidumpingverfahrens zur Einfuhr von Biodiesel verkündet habe (siehe Kasten). Es gehe dabei um Kraftstoffe aus China, „die angeblich unterhalb ihres normalen Wertes in die EU eingeführt wurden und somit EU-Produzenten bedeutend schädigen würden“.

Ufop-Geschäftsführer Ahrens fordert, dass die Anrechnung auf die THG-Quote, und folglich auf die Klimabilanz von Konzernen, nur dann erlaubt sein sollte, wenn die Produktion von Kraftstoffen im jeweiligen Land unabhängig kontrolliert werden könne. Das sei bei China nicht der Fall.

Kritik kam auch aus der Union. So forderte Anja Weisgerber, umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion: „Die europäischen und nationalen Kontrollsysteme müssen unbedingt nachgeschärft werden.“ Die Bundesregierung agiere viel zu zögerlich. Leidtragende seien „die heimischen Biokraftstoffhersteller und die Eigentümer von Elektroautos, die durch das chinesische Überangebot sinkende Einnahmen für ihren Klimaschutzbeitrag in Form von THG-Quoten hinnehmen müssen“, erklärte Weisgerber.

## „Schwere Umweltkriminalität“

In den vergangenen Wochen hatte auch eine Affäre um mutmaßlichen Betrug bei Klimaschutz-Projekten in China für Aufsehen gesorgt. Nach Angaben des Umweltbundesamts haben sich deutsche Mineralölkonzerne einen Beitrag auf ihre CO<sub>2</sub>-Bilanzen anrechnen lassen, der auf Projekte in China zurückging, die es wohl so nie gegeben hat. Umweltministerin Lemke sprach von „schwerer Umweltkriminalität“. Insgesamt geht es laut Lemke um 40 von 69 Projekten in China, die derzeit unter Betrugsverdacht stünden. Ein direkter Zusammenhang zwischen den Vorgängen rund um die Biodiesel-Importe und den vom Umweltbundesamt geprüften Betrugsfällen bestehe aber nicht. Was beide Vorgänge gemeinsam haben: Eine verlässliche Kontrolle von Prozessen, die sich direkt vor Ort in China abspielen, ist kaum möglich.

dpa/bg